



Freitag, den 25.11.2022

Forderungspapier an den Rektor und die Vizerektor:innen der Universität Innsbruck

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen, die hauptsächlich von dem gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystem verursacht sind, in welchem Menschen und Natur ausgebeutet werden und welches extreme gesellschaftliche Ungleichheiten produziert, nur um Wenigen Wohlstand zu sichern. Diese Ausbeutung wird durch verschiedene Diskriminierungs- und Herrschaftsstrukturen ermöglicht; beispielsweise durch Rassismen und neokoloniale Verhältnisse, die ein Nord-Süd-Gefälle von Macht herstellen. Die Klimakrise hat verheerende Folgen für das Leben auf der Erde, insbesondere für den globalen Süden. Es muss daher um Klimagerechtigkeit gehen, nicht um einen ausschließlich technologisch gedachten Klimaschutz. Mit dieser Forderung sind wir Teil einer globalen Bewegung. In der Universität – unserem direkten Wirkungsbereich – wollen wir die notwendige sozial-ökologische Transformation einfordern und leben. Universitäten sind machtvolle Institutionen mit großem gesellschaftlichem Ansehen und Einfluss, in denen (hegemoniales) Wissen produziert und gelehrt wird. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung in der Forschung sowie in der Bildung der zukünftigen Entscheidungsträger:innen und Impulsgeber:innen. Die Universität ist ein Raum, in dem eine kritische Auseinandersetzung mit den multiplen Krisen und Ungerechtigkeiten stattfinden muss, damit es zu der tiefgreifenden Transformation, die für eine klimagerechte Zukunft notwendig ist, kommen kann. Es gilt, Alternativen zu entwickeln und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Folgende Forderungen stellen wir, *Erde Brennt! Innsbruck*, an die Leitung der Universität Innsbruck:

1. Ausstieg aus fossilen Energien (kurz-, mittel-, langfristig¹)

Die Universität Innsbruck hält unserer Ansicht nach in drei Bereichen an fossilen Energien fest: Zunächst in der Lehre, die nach wie vor zu sehr in der Logik einer fossil betriebenen Wirtschafts- und Lebensweise verhaftet bleibt und alternativen Ansätzen bisher deutlich zu wenig Raum gibt (siehe 2. *Krisenauseinandersetzung in allen Curricula*). Zweitens werden nach wie vor einige Universitätsgebäude mit fossilen Energien beheizt. Drittens liegen die universitären Gelder auf Konten bei Banken, die weiterhin Kredite an fossile Energieprojekte vergeben. Wir fordern eine schnellstmögliche Loslösung von fossilen Energien durch den Umstieg auf erneuerbare Energien in Kombination mit den dafür notwendigen baulichen Sanierungsschritten. Darüber hinaus stellen wir die Forderung, dass die Universität bis 2030 CO₂-Neutralität

¹ Um Unklarheiten bezüglich des jeweils angegebenen Zeithorizonts der Forderungen vorzubeugen, hier eine knappe Erklärung: Kurzfristige Maßnahmen sind prinzipiell ab sofort umsetzbar, während mittelfristig eine mögliche Umsetzung im Zeitraum eines Jahres meint. Langfristige Maßnahmen können von der Universität entweder in den nächsten zehn Jahren umgesetzt werden oder aber benötigen den anhaltenden Einsatz der Universität gegenüber anderen Entscheidungsträger:innen auf unbestimmte Zeit.

erreichen und spätestens bis dahin aus fossilen Energien ausgestiegen sein muss. Dieses Vorhaben muss mit verbindlichen, möglichst ambitionierten Zielen pro Jahr versehen werden. Zur Bilanzierung des CO₂-Ausstoßes dürfen keine Ausgleichszahlungen verwendet werden. CO₂-Senken müssen im Eigentum der Universität liegen sowie auf den Raum Tirol begrenzt werden. Zudem fordern wir das Divestment aller Universitätsgelder, d.h. die Verschiebung des Geldflusses auf Konten bei Banken, die nicht in fossile Energien oder andere abzulehnende Wirtschaftszweige wie bspw. Waffenkonzerne investieren.

2. Krisenauseinandersetzung in allen Curricula (mittelfristig)

Derzeit findet in der Lehre keine ausreichend kritische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und den sozial-ökologischen Krisen unserer Zeit statt. In zahlreichen Studiengängen wird die Klimakrise derzeit nicht einmal erwähnt. Dabei bräuchte es im Studium aus der jeweiligen fachlichen Perspektive eine tiefgreifende Behandlung besagter Krisen, um diese in ihrer Aktualität einordnen und sich auf künftige vorbereiten zu können. Insbesondere gilt es, hierbei zu berücksichtigen, dass soziale sowie ökologische Krisen bereits wissenschaftlich vielfach erforscht sind. Die Bedeutung dieses Wissens muss für menschliches Handeln weiter in den Fokus gerückt werden. Wir stehen prinzipiell hinter der sogenannten Freiheit der Lehre, sehen aber angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise und der Ungerechtigkeit in der Welt keinen anderen Weg, als eine solche Auseinandersetzung verpflichtend zu machen.

Wir fordern von allen Instituten und Fakultäten der Universität Innsbruck, ihre Curricula als relevante Faktoren zur Milderung sozial-ökologischer Krisen zu begreifen und dementsprechend anzupassen. So kann eine kritische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bezogen auf die jeweilige fachliche Perspektive für alle Studierenden² gewährleistet werden. Auch dem Lehrpersonal sollen Möglichkeiten zur Weiterbildung hinsichtlich der genannten Themen ermöglicht werden, sodass eine daraus resultierende Anpassung der Lehre sowie der Lehr- und Kommunikationsweise realistisch umsetzbar ist. Dafür wird unter anderem eine Erweiterung des Lehrpersonals notwendig sein. Die Lehrevaluation muss Fragen zu einer gelungenen bzw. nicht-gelungenen Auseinandersetzung mit sozial-ökologischen Krisen widerspiegeln.

3. Einrichtung eines Vizerektorats für Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit (mittelfristig)

Wir begrüßen einige aktuelle Bemühungen der Universität, einen klimaschonenden Betrieb der Gebäude voranzutreiben. Darunter die Sanierung einiger Gebäude, einen möglichst nachhaltigen Bau neuer Universitätsgebäude oder die Ausgestaltung des Mobilitätskonzepts. Diese Maßnahmen reichen jedoch weder aus (siehe *1. Ausstieg aus fossilen Energien*), noch findet die Dringlichkeit dieses Aspektes genug Beachtung an der Universität. Dabei haben insbesondere die Vizerektorate einen großen Spielraum, was die der Gestaltung der Universität betrifft.

² Mit »Studierenden« sind in diesem Fall alle Menschen gemeint, die sich bewusst Wissen aneignen wollen. Das bezieht auch Menschen mit ein, die nicht immatrikuliert sind.

Wir fordern von der künftigen Rektorin ausdrücklich, ein Vizerektorat für Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit einzurichten. So soll diesen Themen die Aufmerksamkeit zukommen, die sie aufgrund der Dringlichkeit der Klimakrise benötigen. Derzeitige Entscheidungsträger:innen sind aufgefordert, auf die Entstehung eines solchen Vizerektorats hinwirken. Dieses neue Vizerektorat muss erstens interdisziplinär besetzt sein, um Erforshtes aus allen Bereichen in symbiotisches Handeln bringen zu können, und zweitens in alle Handlungsfelder der Universität hineinwirken. Des Weiteren fordern wir einen Nachhaltigkeitsbeirat an der Universität, der als Runder Tisch soziale und ökologische Missstände bzw. Ungerechtigkeiten zwischen Rektorat, Professor:innen, dem Mittelbau, dem Universitätspersonal und Studierenden paritätisch verhandelt.

4. Diskriminierende Strukturen abbauen und Teilhabe für alle ermöglichen (kurz- und mittelfristig)

Der Zugang zu Bildung ist nach wie vor durch exklusive Voraussetzungen beschränkt. Österreich ist eines der OECD-Länder, das soziale Ungleichheit bzw. Ungerechtigkeit im Bildungssystem mit am stärksten reproduziert³. Die soziale Mobilität liegt dabei deutlich unter dem OECD-Durchschnitt⁴. An der Universität Innsbruck existieren derzeit keine unabhängigen Anlaufstellen. Der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen (AKG) wird von uns aufgrund mangelnder inhaltlicher Auseinandersetzung mit Diskriminierungen und Gewalterfahrungen sowie einer wiederholten Parteinahme für die Seite der Lehrenden und Universitätsleitenden kritisiert.

Wir fordern sowohl niederschwellige Zugänge für marginalisierte Gruppen – beispielsweise durch anonyme und unabhängige Anlaufstellen für soziale Gleichstellung sowie für Fälle von Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen – als auch aktive Zusammenarbeit mit diskriminierten Gruppen im universitären Raum. Außerdem fordern wir interdisziplinäre Lehrveranstaltungen, die Strategien entwickeln, um soziale Ungleichheiten im universitären Raum und darüber hinaus abzubauen. Zusätzlich soll für das Lehrpersonal eine verpflichtende Schulung zu unterschiedlichen Diskriminierungsformen wie Rassismus, Sexismus, Ableismus, Klassismus, Transfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit u.v.m. sowie dem verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Machtposition stattfinden. Wir sind bereit, ein Konzept für Weiterbildungen in diesen Bereichen gemeinsam mit der Universität auszuarbeiten. Ferner fordern wir, dass die Universität sich gegenüber der Politik für den Abbau sozialer Ungleichheiten einsetzt. Darunter fallen Forderungen nach einer elternunabhängigen Studienbeihilfe, deren deutliche Aufstockung und Anhebung der Bezugsschwelle, die Abschaffung von Mindeststudienleistungen sowie Regelstudienzeiten.

5. Selbstorganisierte Räume an der Universität Innsbruck (kurzfristig)

Die physischen und diskursiven Räume der LFU erschweren derzeit den Diskurs unter Studierenden, zwischen Lehrenden und Studierenden sowie unter den Disziplinen. Es fehlt an

³ OECD (2018). *Equity in Education: Breaking Down Barriers to Social Mobility*. PISA. OECD Publishing: Paris. S.79.

⁴ Ebd.

ausreichenden Möglichkeiten zur studentischen Mitgestaltung. Diese beschränken sich aktuell auf die Österreichische Hochschüler_innenschaft, die jedoch aktiv depolitisiert und Diskussionsräume zweckentfremdet. Dynamiken des Wandels unter Studierenden werden dadurch blockiert.

Wir fordern Räume, die zurück an eine studentische Selbstverwaltung abseits der ÖH übergeben werden; in denen mit eigener Verantwortung, Organisation und Vorstellung gestaltet werden kann und die mitunter geschützte Räume für diskriminierte Gruppen werden können. Das Green Office soll an den Campus Innrain angesiedelt werden, um einen besseren Zugang zu ermöglichen. Außerdem fordern wir finanzielle Mittel sowie Raumbuchungsrechte für selbstorganisierte Gruppen an der Universität. Zusätzlich müssen in selbstorganisierter Lehre erworbene Prüfungen als Prüfungsleistungen anerkannt werden (womöglich in Zusammenarbeit mit betreuenden Professor:innen). Mit einer Refokussierung der Universität auf Diskurs und Austausch können Brücken in die Zukunft und zwischen unterschiedlichen Gruppen und Organisationen gebaut werden.

6. Strukturelle Demokratisierung (kurz-, mittel- und langfristig)

Die Universität bietet derzeit abseits der ÖH keinen oder wenig Zugang zur Mitgestaltung. Auch andere universitäre Gruppen wie das allgemeine Universitätspersonal sind in ihrer Mitbestimmung stark limitiert. Eine zukunftsgerichtete Universität vertraut ihren Studierenden sowie dem Personal, das universitäre alltägliche Handeln verantwortungsvoll und vertrauenswürdig mitzugestalten.

Wir fordern daher die paritätische Mitsprache von Studierenden bei der Berufung von Lehrenden. Zusätzlich fordern wir einen regelmäßigen Runden Tisch mit dem Rektorat, bei dem alle Universitätsangehörigen über Veränderungsbedarf und Kritik in ein informelles Gespräch mit den Entscheidungsträger:innen treten können. Zudem sollen künftige Rektor:innen und Vizerektor:innen sich einer nicht-bindenden Wahl unter allen Universitätsangehörigen stellen. Ferner fordern wir von der Universität, sich gegenüber der Bundesregierung für die Einführung einer Parität im Senat aus Professor:innen, dem akademischen Mittelbau, dem allgemeinen Universitätspersonal sowie den Studierenden einzusetzen.

7. Umsetzung der Grundsaterklärung von UniNEtZ (kurz-, mittel- und langfristig)

Wir unterstützen die Grundsaterklärung von UniNEtZ und fordern die Umsetzung der enthaltenen Punkte. Die Erklärung geht aus unserer Sicht einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung, lässt aber gleichzeitig die Dekolonialisierung von Forschung und Lehre, studentische Selbstbestimmung und weitere wichtige Aspekte außenvor. Dennoch muss die Universität Innsbruck die enthaltenen Forderungen umsetzen, um die erforderliche Transformation voranzubringen.

8. Solidarisierung mit den gemeinsamen Forderungen von *Erde Brennt Wien* und *Erde Brennt Innsbruck* (kurzfristig)

Wir fordern von der Universitätsleitung, die folgenden gemeinsamen Forderungen zu unterstützen und sich gegenüber der Bundesregierung für deren Realisierung einzusetzen. Wir

setzen auf einen Schulterschluss zwischen Universitätsleitung, Lehrenden, Mitarbeitenden und Studierenden, um den Druck auf die Politik zu erhöhen, für eine klimagerechte Zukunft zu sorgen.

Klima: Für eine klimagerechte Zukunft

- Raus aus fossilen Energieträgern – Rein in erneuerbare Energien
- Radikale Verkehrswende und gratis Öffis für alle
- Lebensräume und Biodiversität schützen – z.B. Bodenversiegelung stoppen
- Forderungen des Klimarates umsetzen

Soziales: Für einen solidarischen Weg durch die Krisen

- Soziale Ungleichheit bekämpfen: Übergewinne und Vermögen besteuern
- Für ein leistbares Leben: Energiekonzerne kollektivieren und Spekulationen am Wohnungsmarkt stoppen
- Stopp die Ausbeutung des Globalen Südens – z.B. Lieferkettengesetz jetzt
- Sichere Fluchtwege schaffen und Bleiberecht für alle

Bildung: Für Hochschulen mit Zukunft

- Hochschulfinanzierung sichern: 1,2 Milliarden sind nicht genug!
- Systemkritik und Krisenauseinandersetzung in jedem Curriculum
- Mehr studentische Selbstorganisation und basisdemokratische Mitbestimmung
- Hochschulen für Alle: Diskriminierende Strukturen abschaffen

Wir fordern die Universität Innsbruck als Institution mit weitreichendem Einfluss auf, ihre Verantwortung in Zeiten multipler Krisen wahrzunehmen und zu einer sozial-ökologischen Transformation in Richtung Klimagerechtigkeit beizutragen. Daher müssen die im Verantwortungsbereich der Universität liegenden Forderungen umgesetzt bzw. die darüberhinausgehenden Forderungen an die Politik unterstützt werden. Die vorgebrachten Forderungen sind zentrale Schritte, weitere müssen folgen. Wir freuen uns auf einen Prozess des kritischen Dialogs und Austausches, durch den wir einer Universität näherkommen, die ihrem Bildungsauftrag gerecht wird und die als Ort des kritischen Denkens eine progressive Rolle einnimmt auf dem Weg hin zu einer lebenswerten Zukunft für *alle*. Denn eine andere Welt ist möglich.

Glossar

Kritisch: Kritisches Hinterfragen bedeutet für uns die Bereitschaft, wenn nötig auch eine radikale Kritik zu formulieren, die die Fundamente bestehender Strukturen, Verhältnisse und Systeme problematisiert. Insbesondere die Bezüge und Verflechtungen von kapitalistischen und sozial-ökologisch ausbeuterischen Wirtschaftsweisen, rassistischen, post- bzw. neokolonialen sowie patriarchalen, sexistischen, ableistischen etc. Strukturen mit all den Themen, die in

universitären Kontexten behandelt werden, sind im Rahmen eines in unserem Sinne kritischen Diskurses aufzuzeigen. Eine solche Kritik zu formulieren ist unbequem, da sich die äußernde Person oder Institution exponiert und häufig eine Position bezieht, die hegemonialen Denkweisen und machtvollen Interessen entgegensteht. Genau dies ist jedoch unserer Meinung nach von einer Universität zu erwarten, die ernsthaft um eine Beschreibung dieser Welt ringt.

Klimagerechtigkeit: Betont den starken Zusammenhang von Klimakrise mit anderen sozialen und gesellschaftlichen Krisen. Insbesondere erlaubt der Begriff der Klimagerechtigkeit, den Kapitalismus sowie den damit verbundenen Kolonialismus und Imperialismus als Ursache für Ausbeutung von Menschen und Ressourcen zu benennen. So wird deutlich, dass die Bekämpfung der Klimakrise nicht ohne eine Bekämpfung von sozialen Ungleichheiten gelingen kann.

Soziale Nachhaltigkeit: Neben ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit notwendig für eine ganzheitlich nachhaltige Gesellschaftsgestaltung. Dazu zählen soziale Gerechtigkeit, sowie die Bemühungen darum (z.B. Abbau von Diskriminierung und Marginalisierung, Förderung einer gerechten Verteilung von Ressourcen).

CO₂-Neutralität: Bezeichnet die Tatsache, dass betreffende Entitäten ebenso viel CO₂ einsparen, wie ausstoßen. Hier werden Ausgleichszahlungen ausgeschlossen, sodass eine CO₂-Neutralität nur über Einsparung bzw. universitätseigene CO₂-Senken in Tirol erreicht werden kann.

Gewalt: Das hier zugrundeliegende Verständnis von Gewalt ist vermutlich weiter gefasst als das konventionelle. Neben physischer Gewalt sind mit dem Begriff auch andere Gewaltformen wie psychische, emotionale und sexualisierte Gewalt gemeint. Sexualisiert ist Gewalt dann, wenn sie aufgrund der (zugeschriebenen) geschlechtlichen Identität ausgeübt wird. Viele Formen sexualisierter Gewalt, wie anzügliche Blicke, sexistische Bemerkungen, die Androhung sexualisierter Gewalt, subtiler oder offener Druck zu sexuellen Handlungen, ungewollte Berührungen, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung verlaufen entlang von strukturellen Machtgefällen.

Globaler Süden; Globaler Norden; Nord-Süd-Gefälle: Bezieht sich nicht primär auf die geographische Verortung von verschiedenen Regionen oder Ländern, sondern auf die Verortung innerhalb der (neo-)kolonialen Struktur dieser Welt. Länder des Globalen Nordens sind im Rahmen weltweiter Ausbeutungsverhältnisse strukturell privilegiert und decken sich vielfach mit den Ländern, die vor allem früher häufig als »Industrienationen« bzw. »Länder der ersten Welt« bezeichnet wurden. Letztere beiden Begriffe sind jedoch eurozentristisch und verschleiern die erwähnten Ausbeutungsverhältnisse. Der Begriff Nord-Süd-Gefälle bezeichnet das Profitieren bzw. die Ausbeutung entlang dieser Verhältnisse. *Globaler Süden* wird als politischer Begriff häufig für Regionen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien verwendet, um ihre weniger privilegierte Position in den globalen Machtstrukturen zu kennzeichnen. Gilt als nicht-eurozentristische Alternative zu Begriffen wie »Dritte Welt« oder »Entwicklungsland«.